

Antrag A4004: Frieden, Freiheit und eine europäische Perspektive für die Ukraine – 11 Forderungen der Freien Demokraten

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A4 - Freiheit und Menschenrechte weltweit

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Frieden, Freiheit und eine europäische Perspektive**
2 **für die Ukraine – 11 Forderungen der Freien**
3 **Demokraten**

4 **Souveränität und Selbstverteidigungsrecht der Ukraine unterstützen**

5 Die Ukraine erlebt die dunkelsten Stunden ihrer Geschichte in diesem
6 Jahrhundert. Schockiert, aber auch in fester Verbundenheit, stehen wir Freie
7 Demokraten an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Ihrem Mut, ihrer
8 Tapferkeit angesichts der schieren Gewalt des Angreifers zollen wir höchsten
9 Respekt. Ihr entschlossener Überlebenskampf ist auch ein Kampf für die uns mit
10 der Ukraine verbindenden europäischen Werte. Wir verurteilen den brutalen
11 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste. Das russische Regime
12 muss sofort und bedingungslos alle Streitkräfte und Militärausrüstung aus dem
13 gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen und die territoriale Unversehrtheit,
14 Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international
15 anerkannten Grenzen uneingeschränkt achten. Russland greift die Zivilbevölkerung
16 und zivile Objekte gezielt an, darunter Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und
17 Schutzunterkünfte. Die Massaker von Butscha, Borodianka, Mariupol und vielen
18 anderen Orten bringen schlimmste Verbrechen der russischen Armee an der
19 Zivilbevölkerung ans Tageslicht. Die gezielten Angriffe auf Zivilisten müssen
20 sofort eingestellt werden. Die Verantwortlichen für diese Kriegsverbrechen und
21 Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen strafrechtlich zur Verantwortung
22 gezogen werden. Die sich häufenden Vorwürfe eines möglichen Genozids müssen
23 geprüft werden. Unsere in den vorliegenden elf Punkten formulierte Kritik an
24 Russland ist stets eine Kritik am Regime Putins und seiner Unterstützer, niemals
25 am russischen Volk oder an Menschen, die mit russischen Wurzeln in unserer
26 Gesellschaft leben.

27 1. Wir Freie Demokraten unterstützen die Ukraine bei der Ausübung ihres
28 legitimen Rechts auf militärische Selbstverteidigung gegen den russischen
29 Angriffskrieg. Putins Aggression darf keinesfalls den Sieg davontragen! Dabei

30 kommt es auf jede Stunde an. Deutschland steht in besonderer Verantwortung,
31 alles dafür zu tun, dass aggressiver Nationalismus und Imperialismus im 21.
32 Jahrhundert keinen Platz mehr haben. Die Anhebung der Ertüchtigungshilfe für die
33 Ukraine auf zwei Milliarden Euro durch die Bundesregierung begrüßen wir.
34 Deutschland muss die Ukraine darüber hinaus schnell mit militärischer Ausrüstung
35 unterstützen. Denn das wichtigste und kurzfristig wirksamste Mittel, um den
36 russischen Vormarsch zu stoppen, ist die deutliche Intensivierung und
37 Beschleunigung der Lieferung hochwirksamer Waffen an die ukrainische Armee, die
38 diese auch schnell einsetzen kann. Wir begrüßen, dass Deutschland ehemaligen
39 Mitgliedern des Warschauer Pakts eigene Waffensysteme liefert und diese der
40 Ukraine im Gegenzug schwere Waffen – wie z.B. sofort einsetzbare Panzer und
41 Artillerie – zu Verfügung stellen, mit denen die ukrainischen Streitkräfte
42 vertraut sind und die sie daher sofort einsetzen können. Bei der Entscheidung
43 über konkrete Maßnahmen wollen wir, dass Deutschland im Gleichklang mit unseren
44 Verbündeten und hier insbesondere den USA und Frankreich handelt. Unsere eigene
45 Verteidigungsfähigkeit darf nicht beeinträchtigt werden. Und Deutschland darf
46 nicht zu einer Kriegspartei werden. Im Rahmen dieser Kriterien muss die Ukraine
47 bei der Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands
48 schnell und wirksam unterstützt werden. Dazu gehören auch die Lieferung schwerer
49 Waffen und die schnelle Bereitstellung von Rüstungsgütern durch die deutsche
50 Industrie, für die Deutschland wie angekündigt die Finanzierung übernimmt. Die
51 Ausbildungspartnerschaft zwischen der Bundeswehr und den Streitkräften der
52 Ukraine soll außerdem intensiviert werden.

53 2. Wir Freie Demokraten begrüßen die finanzielle, materielle und humanitäre
54 Hilfe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten gegenüber der Ukraine
55 und die überwältigende Solidarität anderer Demokratien weltweit. Die
56 Anstrengungen zur Erhaltung der ukrainischen Infrastruktur, die Hilfe bei der
57 Evakuierung der Bevölkerung, die Aufnahme der Vertriebenen und die
58 Stabilisierung der Nachbarstaaten sind vorbildlich. Ukrainische und
59 internationale humanitäre Hilfsorganisationen leisten unermüdlich Hilfe in und
60 außerhalb der Ukraine und müssen auch zukünftig vollumfänglich unterstützt
61 werden. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die größte Vertreibung in Europa
62 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Diese Menschen verdienen Hilfe und Schutz.
63 In Deutschland müssen die ankommenden Menschen zügig registriert werden.
64 Ukrainische Staatsangehörige mit biometrischem Pass können ohne Visum einreisen.
65 Für die Vertriebenen aus der Ukraine steht darüber hinaus eine unbürokratische
66 Lösung zur Erlangung eines Aufenthaltstitels zur Verfügung. Diese Möglichkeit
67 muss gegenüber den ankommenden Menschen transparent und flächendeckend
68 kommuniziert werden, damit sich auch Vertriebene, die bei Freunden oder
69 Verwandten eine Wohnung finden, registrieren lassen. Für einen schnellen und
70 unkomplizierten Zugang zum Arbeitsmarkt ist ein entsprechender Aufenthaltstitel
71 ebenfalls notwendig. Wir müssen den Menschen, die vor dem Krieg in ihrer Heimat
72 zu uns geflohen sind, nicht nur Obdach und Schutz anbieten, wir müssen dafür
73 sorgen, dass es keine verlorene Generation der ukrainischen Kinder und

74 Jugendlichen gibt. Entscheidend ist eine schnelle Integration der Kinder und
75 Jugendlichen in die deutsche Bildungslandschaft. Dazu gehört auch die
76 Gewährleistung von Zugängen zu digitalen Unterrichtsformen, die es den
77 Schülerinnen und Schüler ermöglicht, dem ukrainischen Curriculum zu folgen. Der
78 jungen Generation muss die Möglichkeit gegeben werden, hierzulande
79 Berufsausbildungen und wo möglich auch ein Studium zu beginnen. Auch die
80 Nachbarstaaten der Ukraine, insbesondere Moldau und Georgien, die durch den
81 Zustrom der Vertriebenen aus der Ukraine stark belastet sind, müssen bei der
82 Bewältigung der Krise unterstützt sowie ihre Staatlichkeit und Resilienz
83 gestärkt werden. In der Europäischen Union braucht es eine Verteilung der
84 Vertriebenen, auf die sich die beteiligten Staaten verlassen können. Wir Freien
85 Demokraten begrüßen die Anstrengungen, die die Bundesregierung und die Länder
86 gemeinsam hierzu ergriffen haben und die vom Bundesminister der Finanzen
87 verhandelte Kostenteilung der Flüchtlingsaufnahme zwischen Bund und Ländern.

88 3. Wir Freie Demokraten unterstützen alle Bemühungen der ukrainischen Regierung,
89 in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen Waffenstillstand zu
90 erreichen. Verhandlungen über die Köpfe der Ukraine hinweg darf es nicht geben.
91 Insbesondere die OSZE mit ihrem vertrauensbildenden Instrumentarium könnte eine
92 entscheidende Rolle bei der Beobachtung eines möglichen
93 Waffenstillstandsabkommens spielen. Sollte es gelingen, ein Abkommen zu
94 erreichen, muss Deutschland gemeinsam mit den USA, Kanada und anderen NATO- und
95 EU-Partnern aktiv dazu beitragen, seine Einhaltung zu gewährleisten. Wir fordern
96 insbesondere die Volksrepublik China mit Nachdruck auf, ihre stillschweigende
97 Billigung des Krieges aufzugeben und die Bestrebungen zum Abschluss eines
98 Waffenstillstands aktiv zu unterstützen. Die Bundesregierung muss sich zudem
99 bereits heute in der EU und mit anderen Partnern für die zügige Einrichtung des
100 im Europäischen Parlament beschlossenen Marshall-Plans zum Wiederaufbau für die
101 Ukraine und die Region einsetzen. Hierbei sollte auch präventiv gehandelt werden
102 und der Erhalt von Kulturgütern im Fokus stehen, um die nationale Identität der
103 Ukraine zu bewahren.

104 **Konsequenzen aus der russischen Aggression ziehen**

105 4. Solange die gegenwärtigen Regime in Moskau und Minsk an der Macht sind,
106 wollen wir schnellstmöglich nicht nur Energie- und Rohstoffkäufe, sondern auch
107 alle anderen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und zu Belarus beenden, um
108 deren Haupteinnahmequellen auszutrocknen und die Handlungsfähigkeit dieser
109 Regime maximal einzuschränken, ohne unsere eigene wirtschaftliche
110 Handlungsfähigkeit stärker zu schwächen als die Russlands und Belarus. Mit Blick
111 auf Versorgungssicherheit und Handlungsfähigkeit brauchen wir deshalb
112 schnellstens einen realisierbaren EU-weiten Ausstiegsfahrplan für Energiekäufe
113 in Russland. Deutschland muss schnellstmöglich die Unabhängigkeit von russischen
114 Rohstoffen erreichen, um dann auf Lieferungen verzichten und ein Embargo
115 beschließen zu können. Spätestens dann muss auch ein vollständiger Ausschluss
116 russischer Banken und Unternehmen aus SWIFT folgen. Deutschland muss, verbunden

117 mit dem konsequenten und zügigen Ausbau erneuerbarer Freiheitsenergien,
118 Energiequellen mit Hochdruck diversifizieren und vorhandene Infrastruktur wie
119 bestehende LNG-Terminals innerhalb der EU besser gemeinsam nutzen. Wir begrüßen
120 die Entscheidung der Bundesregierung, den schnellstmöglichen Bau von LNG-
121 Terminals in Deutschland zu fördern. Das von der EU beschlossene Embargo für
122 Kohle-Importe aus Russland begrüßen wir. Wir fordern außerdem einen EU-weit
123 vereinbarten schnellstmöglichen Importstopp von Uran, Edelmetallen und anderen
124 Rohstoffen aus Russland und Belarus. Gleichzeitig müssen wir andere
125 wirtschaftliche Abhängigkeiten von autoritär bzw. diktatorisch regierten Staaten
126 resolut abbauen und insbesondere verhindern, dass infolge der Sanktionen und
127 Embargos neue gefährliche Abhängigkeiten entstehen, insbesondere im Verhältnis
128 zu China. Um unsere Energieversorgung akut und für die Zukunft zu sichern,
129 fordern wir eine ideologiefreie und technologieoffene Debatte auch über die
130 verstärkte Nutzung heimischer und europäischer Gas- und Ölvorkommen, über neue
131 Entwicklungen in der Kernenergie und über vorübergehend längere Laufzeiten für
132 die bestehenden Kohle- und Kernkraftwerke. Bei der zukünftigen Energiestrategie
133 Deutschlands muss als drittes Ziel neben der Versorgungssicherheit – u.a. durch
134 Diversifizierung – und der Umwelt- und Klimaverträglichkeit die Bezahlbarkeit
135 weiter verfolgt werden.

136 5. Wir Freie Demokraten fordern eine weitere Ausweitung und Verschärfung der EU-
137 Sanktionen gegen die russische Führung. Wir wollen prüfen, ob Familienmitglieder
138 von Personen auf der EU-Sanktionsliste durch den sofortigen Entzug ihrer Visa
139 aus der EU ausgewiesen werden können. Lücken bei den bestehenden Sanktionen
140 müssen geschlossen werden, insbesondere durch die Beteiligung wichtiger
141 asiatischer, lateinamerikanischer und afrikanischer Staaten an den Sanktionen.
142 Auch gegen Belarus, das Russlands Krieg gegen die Ukraine unterstützt, müssen
143 die Sanktionen verschärft werden. Falls die Volksrepublik China oder andere
144 Staaten Russlands Krieg durch die Lieferung von Rüstungsgütern unterstützen oder
145 die Umgehung von Sanktionen ermöglichen, müssen auch gegen diese Staaten
146 schärfste Sanktionen folgen. EU-Beitrittskandidaten, die die Sanktionen
147 unterlaufen, sollten die Vorbeitritts-hilfen gestrichen werden; Unternehmen, die
148 die Sanktionen unterlaufen, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden.

149 6. Gerade angesichts der flagranten Verletzungen zahlreicher internationaler
150 Abkommen durch Russland setzen wir jetzt erst recht auf die Stärke des Rechts.
151 Das von Putin propagierte Recht des Stärkeren darf keinesfalls den Sieg
152 davontragen. Die menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen
153 Russlands in OSZE und UN gelten fort. In dieser dunklen Stunde erneuter
154 unvorstellbarer Kriegsverbrechen setzen wir umso mehr auf die Errungenschaften
155 des internationalen Rechts, auf multilaterale Zusammenarbeit und auf eine
156 liberale Weltordnung. Daher unterstützen wir nachdrücklich die Ermittlungen des
157 Anklägers beim Internationalen Strafgerichtshof und der ukrainischen
158 Strafverfolgungsbehörden, welche von der EU-Beratungsmission für die Ukraine
159 beraten werden. Die Dokumentierung von Kriegsverbrechen sollte zentral von
160 Eurojust koordiniert werden. Kriegsverbrecher müssen individuell in Den Haag zur

161 Verantwortung gezogen werden. Außerdem gilt es, die angebliche „Befreiung des
162 Donbas von ukrainischen Neo-Nazis“ vom höchsten UN-Gericht als dreiste Lüge zu
163 entlarven. Daher sollte Deutschland der Klage der Ukraine gegen Russland vor dem
164 Internationalen Gerichtshof beitreten und seine Rechtsposition mit anderen EU-
165 Ländern koordinieren. Wir begrüßen zudem das Strukturermittlungsverfahren des
166 Generalbundesanwalts wegen russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine und die
167 zusätzliche personelle und finanzielle Unterstützung des Internationalen
168 Strafgerichtshofes durch die Bundesregierung.

169 **EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine und Stärkung von NATO und multilateralen**
170 **Strukturen**

171 7. Wir begrüßen die Resolutionen des Europäischen Parlaments vom 1. März 2022
172 und vom 7. April 2022 und unterstützen die Forderung, der Ukraine den Status
173 eines Beitrittskandidaten zu erteilen. Die EU-Beitrittsperspektive ist für die
174 Ukraine, aber auch für die Republik Moldau und für Georgien, ein politisches
175 Signal von größter Wichtigkeit – und für die EU ein Zeichen von
176 Handlungsfähigkeit. Die Menschen in der Ukraine, Georgien und der Republik
177 Moldau, haben sich in aller Deutlichkeit für den europäischen Weg entschieden.
178 Sie haben wiederholt und beständig in freien Wahlen ihren festen Willen
179 bewiesen, Teil der euro-atlantischen Strukturen zu werden. Auch in der aktuellen
180 Kriegslage leitet der europäische Wertekanon ihr Handeln. Gleichzeitig muss die
181 EU jedoch auch an ihrer eigenen Aufnahme-fähigkeit arbeiten und schnellere
182 Entscheidungsmechanismen entwickeln. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung der
183 qualifizierten Mehrheit in der Gemeinsamen Europäischen Außen- und
184 Sicherheitspolitik (GASP), eine Verkleinerung der EU-Kommission und eine
185 Wahlrechtsreform für das Europäische Parlament.

186 8. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur NATO und zur nuklearen Teilhabe. Gerade
187 in dieser Kriegssituation beweist die NATO mit ihrem Abschreckungspotential
188 erneut ihre durch nichts ersetzbare Funktion. Die NATO bleibt der zentrale
189 Baustein der transatlantischen Freundschaft und Garant unserer europäischen
190 Sicherheit, die wir Freie Demokraten auf allen Ebenen festigen und stärken
191 wollen. Deshalb begrüßen wir die geplante Stärkung der NATO-Ostflanke und
192 fordern auch darüber hinaus eine Erhöhung der Truppenpräsenz und eine
193 Vergrößerung der NATO Response Force, die sich nach dem tatsächlichen
194 militärischen Bedarf zur Abwehr eines russischen Angriffs richtet. Die sich
195 abzeichnenden Mehrheiten in Schweden und Finnland für einen NATO-Beitritt
196 begrüßen wir. Der Deutsche Bundestag sollte einem Beitritt dieser Länder zur
197 NATO zustimmen. Zudem wollen wir die europäische Handlungsfähigkeit und den
198 Zusammenhalt der NATO stärken und dazu beitragen, die besonderen politischen,
199 wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Europa, den
200 USA und Kanada auf eine Grundlage zu stellen, die den aktuellen geopolitischen
201 Umbrüchen Rechnung trägt. Wir Freie Demokraten begrüßen die maßgeblich vom
202 Bundeskanzler und vom Bundesfinanzminister initiierte Verankerung eines
203 Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden im Grundgesetz und
204 fordern die Unionsparteien auf, angesichts ihrer Verantwortung für den Zustand

205 der Bundeswehr, diesem Vorhaben zuzustimmen.

206 9. Wir Freie Demokraten rufen die Bundesregierung auf, gemeinsam mit ihren
207 Partnern die völkerrechtswidrig handelnde russische Regierung in internationalen
208 Foren weiter zu isolieren. Nach dem Ausschluss aus dem Europarat und dem UN-
209 Menschenrechtsrat sollte eine offizielle Mitgliedschaft Russlands auch in
210 anderen internationalen Strukturen wie in den G20 möglichst beendet werden. Wo
211 eine Zusammenarbeit mit Russland in internationalen Gremien zwingend notwendig
212 ist, müssen wir einen Weg zur Kooperation finden, etwa im humanitären und
213 gesundheitspolitischen Bereich. Eines ist jedoch unmissverständlich
214 klarzustellen: Die Glaubwürdigkeit des russischen Regimes als international
215 akzeptierter Vertrags- und Verhandlungspartner ist gleich Null. Eine Rückkehr
216 zum „Business as Usual“ ist mit dem gegenwärtigen russischen Regime
217 ausgeschlossen.

218 **Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft in Russland und in Belarus unterstützen**

219 10. Für uns ist die Meinungs- und Pressefreiheit ein hohes Gut, das wir schützen
220 müssen. Gerade deshalb müssen wir uns gezielten und organisierten
221 Desinformationskampagnen und Informationsmanipulation entgegenstellen,
222 insbesondere wenn sie von ausländischen Staaten organisiert werden. Daher
223 unterstützen wir das Sendeverbot von russischen Propaganda-Kanälen und
224 unterstützen Versuche öffentlich-rechtlicher Medien wie der Deutschen Welle,
225 Programminhalte in Russland und Belarus verfügbar zu machen. Außerdem wollen wir
226 prüfen, wie staatliche Unterstützung für aktive Putin-Unterstützer wie zum
227 Beispiel Altkanzler Gerhard Schröder entzogen werden kann.

228 11. Wir Freie Demokraten reichen all jenen in Russland die Hand, die die freie,
229 demokratische und rechtsstaatliche Zukunft ihres Landes selbst in die Hand
230 nehmen und eine demokratische Gesellschaft aufbauen wollen. SIE stehen für das
231 andere, das EUROPÄISCHE Russland. Über 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion
232 verdient das russische Volk endlich ein freigewähltes Parlament und eine
233 demokratische Regierung. Und damit endlich auch einen Weg zu friedlicher
234 Nachbarschaft mit der Ukraine und zur Überwindung des imperialen Denkens
235 Moskauer Machthaber. Wir unterstützen die mutigen Demonstranten in Russland, die
236 für die Überwindung des postsowjetischen Erbes und der großrussischen Denkmuster
237 eintreten. Nur ein fundamentaler politisch-gesellschaftlicher Wandel eröffnet
238 einen Weg Russlands zurück in den Kreis friedlicher europäischer Völker. Wir
239 Freie Demokraten begrüßen alle Anstrengungen zur umfassenden Unterstützung der
240 russischen und auch der belarussischen Zivilgesellschaft. Wir denken konkret an
241 EU-weit gültige humanitäre Visa für Oppositionelle und desertierte Soldatinnen
242 und Soldaten, medizinische und psychologische Hilfe für Opfer von Repression und
243 Folter, Umzugsangebote für IT-Unternehmen, die Schaffung legaler
244 Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte und Stipendienprogramme für verfolgte
245 Studierende und Wissenschaftler. Angesichts der wachsenden Zensur in Russland
246 gegen in- und ausländische Medien müssen pro-demokratische russische
247 Exilstrukturen und Medien sowie die Nutzung von VPN-Apps zur Umgehung
248 staatlicher Internetzensur gefördert werden.